



Kiel, 9. Mai 2019

Nr. 116 /2019

Beate Raudies:

Eine gerechte Gesundheitsversorgung darf keine Frage des Geldes sein

Zur heutigen (09.05.2019) Anhörung zur Einführung einer Pauschalen Beihilfe für in der GKV versicherten Beamtinnen und Beamten (Drs. 19/1138 neu) erklärt Beate Raudies, finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion:

„Der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein muss als Arbeitgeber attraktiv bleiben. Dabei hilft eine echte Wahlmöglichkeit für Beamtinnen und Beamte bei der Krankenversicherung.

Das „Hamburger Modell“, das wir für auch für Schleswig-Holstein vorschlagen, benachteiligt niemanden. Es ist für uns aber eine Frage der Gerechtigkeit, dass sich der Staat auch an den Krankheitskosten von gesetzlich versicherten Beamtinnen und Beamten beteiligt, so wie sich jeder andere Arbeitgeber tut.

Die Pauschale Beihilfe mag auf den ersten Blick Mehrkosten für das Land bedeuten. Sogar die Berechnungen der PKV zeigen aber bei genauer Betrachtung, dass auf lange Sicht die Kosten für das Land sogar sinken würden. Für uns gilt aber in jedem fall: Gerechtigkeit bei der Gesundheitsversorgung darf keine Frage des Geldes sein.

Die Erfahrungen aus Hamburg haben gezeigt, dass viele Lehrkräfte und Hochschullehrkräfte dieses Modell wählen. In diesem Berufsgruppen können wir uns keinen Wettbewerbsnachteil leisten.“

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de